



Sicherheit

Gewalt ist nicht Privatsache

0 Zusammenfassung

Im Laufe der letzten Jahre wurde die Öffentlichkeit wiederholt durch Berichte über Gewalttätigkeiten von Jugendlichen und sogar von Kindern aufgeschreckt. Dieser Entwicklung begegneten die Behörden der Stadt St.Gallen mit verschiedenen Massnahmen (präventiven und sanktionierenden). Die Ursachen der Gewalt liegen jedoch oft in der Familie, und Gewaltherde machen sich zuerst im sozialen Nahraum bemerkbar.

Die körperverletzende Gewalt sowie das Androhen von physischer Gewalt zwischen Erwachsenen, die in einer intimen Beziehung stehen oder standen, wird mit dem Begriff „häusliche Gewalt“ bezeichnet. Daneben gibt es auch die Gewalt von Eltern oder Familienangehörigen gegenüber Kindern durch „Kindsmisshandlung“ oder „sexuelle Ausbeutung“, die nach eigenen Handlungs- und Interventionskonzepten verlangt. Nach den Ergebnissen einer Umfrage im Rahmen einer Studie des Nationalen Forschungsprogramms „Frauen in Recht und Gesellschaft“ erlitt rund ein Fünftel der Frauen im Verlauf ihres bisherigen Lebens körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Partner. Zentrales Thema dieser Postulatsantwort ist deshalb die Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft.

Es stellt sich die Frage, wie der Staat bei Gewalt im sozialen Nahraum intervenieren kann. Die Möglichkeiten der zuständigen Stellen der Stadtverwaltung für eine wirksame Gewaltintervention in Familien konzentrieren sich vor allem darauf, akute Situationen zu erkennen, zu beurteilen und eine daran anschliessende erste Phase zu bewältigen. Dabei spielen polizeiliche Massnahmen eine wichtige Rolle. Die Polizei ist als Teil der Strafverfolgungsbehörde häufig die erste staatliche Instanz, welche mit Fällen von Gewalt in Ehe und Partnerschaft in Berührung kommt. Im Vordergrund der polizeilichen Intervention stehen die Sicherheit und der Schutz des Opfers sowie die Strafverfolgung. Das polizeiliche Handeln hat daneben aber auch eine präventionsrelevante Dimension und einen direkten Einfluss auf das weitere Ver-



halten von Opfer und Täter. Im Rahmen der Opferbetreuung wahren Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen die allgemeinen Rechte des Opfers und machen es auf vorhandene Unterstützungsangebote aufmerksam.

Neben der Polizei kommen weitere Dienststellen bzw. Institutionen der Stadtverwaltung regelmässig mit Personen in Kontakt, die mit Gewalt im Nahbereich konfrontiert sind (z.B. Sozialamt, Vormundschaftsamt, städtische Schulen). Dies ist vor allem im schulischen Bereich der Fall, wo sich Lehrkräfte, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Schulgesundheitsdienstes wie auch Betreuungspersonen aus dem familienergänzenden Betreuungsangebot und dem Jugendsekretariat wiederholt um Kinder und Jugendliche kümmern, welche unter der von Gewalt geprägten Realität in ihrer Familie leiden.

Ein wichtiges Element einer wirksamen Gewaltintervention bildet die Vernetzung und Koordination zwischen den verschiedenen Dienststellen und Institutionen, welche mit Gewalt im Nahbereich konfrontiert sind. Diese Zusammenarbeit verstärkt die Wirksamkeit der einzelnen Fachstellen und steigert den Schutz der betroffenen Frauen und ihrer Kinder. Eine solche Koordination und Vernetzung gewährleistet im Kanton St.Gallen das Projekt „Gewalt.Los“. Im Rahmen dieses Projektes arbeiten verschiedene Behörden und private Einrichtungen zusammen mit dem Ziel, für den Kanton St.Gallen konkrete Handlungsanweisungen zu erarbeiten und umzusetzen. Damit sollen eine Eskalation der Gewalt verhindert und der Schutz der betroffenen Frauen und Kinder verbessert werden. Auf städtischer Ebene arbeiten die involvierten Verwaltungsstellen und privaten Organisationen (wie z.B. die Stiftung Frauenhaus und die Beratungsstelle Opferhilfe) eng und institutionalisiert zusammen.

Es gilt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungsstellen und Institutionen, welche mit Gewalt im sozialen Nahraum konfrontiert werden können, für diese Thematik zu sensibilisieren und über ihren Handlungsspielraum in Kenntnis zu setzen. Entsprechende Weiterbildungsmodule werden im Rahmen des Projektes „Gewalt.Los“ erarbeitet.

Neben den täterbezogenen Interventionen sind die Beratung und wenn nötig Unterstützung der von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder weitere wichtige Massnahmen, um den Schutz sicherzustellen. Sie helfen dem Opfer, die Gewalterfahrungen zu verarbeiten. Insbesondere soll jedoch nicht das Opfer, sondern der Verursacher der Gewalt die nachteiligen Folgen (mit)tragen müssen. Er muss erkennen, dass die Verantwortung für Gewalt immer bei der Person liegt, die sie ausübt. Auf dieser Zielsetzung fusst die Täterarbeit. Zu den flankierenden Massnahmen einer wirksamen Gewaltintervention zählen deshalb qualifizierte Beratungs- und Therapieangebote für die Opfer häuslicher Gewalt wie auch für gewaltbereite Partner. Um zukünftige Gewalt zu verhindern und bereits erlittene Schäden zu verarbeiten,



wurden insbesondere von privaten Institutionen vermehrt Angebote an Nachsorge und Therapie entwickelt.

Derzeit sind sowohl auf Bundesebene wie auch auf kantonaler Ebene wichtige gesetzliche Neuregelungen betreffend Gewalt im sozialen Nahraum geplant. In der Sommersession 2001 hat der Nationalrat eine parlamentarische Initiative angenommen, mit der ein Gewaltschutzgesetz zum besseren Schutz von Opfern häuslicher Gewalt gefordert wird. Ferner schlägt die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates im Sinne zweier parlamentarischer Initiativen vor, dass in häuslicher Gemeinschaft begangene Gewaltdelikte nicht mehr auf Antrag, sondern von Amtes wegen verfolgt werden. Im Kanton St.Gallen hat der Grosse Rat im Februar 2002 in zweiter Lesung dem II. Nachtragsgesetz zum Polizeigesetz zugestimmt. Die im Kampf gegen häusliche Gewalt relevanten Änderungen sind einerseits die Ausweitung der Voraussetzungen für die Anordnung des polizeilichen Gewahrsams und andererseits die Einführung des neuen Instrumentes „Wegweisung und Rückkehrverbot“.

1 Ausgangslage

An der Sitzung vom 20. Juni 2000 hat der Grosse Gemeinderat ein Postulat betreffend „Gewalt ist nicht Privatsache“ erheblich erklärt (vgl. Beilage). Der Postulatsauftrag lautet:

Im Sinne einer umfassenden Gewaltprävention und einer Erweiterung der bestehenden Interventionsmöglichkeiten wird der Stadtrat beauftragt, Möglichkeiten einer wirksamen Gewaltintervention in Familien zu prüfen und Bericht über mögliche Massnahmen zu erstatten.

1.1 Gewalt in den Schulen

Der Postulatstext legt dar, dass die Öffentlichkeit im Laufe der letzten Jahre durch Berichte über Gewalttätigkeiten von Jugendlichen und sogar von Kindern zunehmend stärker aufgeschreckt wurde. Die Behörden der Stadt St.Gallen sind sich der Tragweite eskalierender Konflikte bewusst und haben dieser Entwicklung verschiedene Massnahmen mit präventivem und auch sanktionierendem Charakter entgegengesetzt. So haben die Schulen der Stadt St.Gallen in ihren Leitbildern verschiedene Handlungsfelder für eine gewaltvorbeugende Schulkultur aufgenommen. Dazu gehören z.B. Strategien im Umgang mit Konflikten, klare Regeln für das Verhalten im Schulbetrieb, welche von allen Lehrkräften durchgesetzt werden, oder die Vernetzung der Schule mit dem Lebensraum der Schüler und Schülerinnen.

1999 entschloss sich die Schulverwaltung im Umgang mit Konflikten für den bereits an ver-



schiedenen Orten erprobten Lösungsansatz der Mediation, ein Verfahren, bei welchem eine neutrale Drittperson zwischen den Konfliktbeteiligten vermittelt und eine faire Regelung anstrebt. Für die Schulmediation besteht die Besonderheit, dass es sich bei der neutralen Drittperson um einen gleichaltrigen Schüler oder eine gleichaltrige Schülerin handelt. Bei Konflikten unter Schülern und Schülerinnen werden entsprechend ausgebildete Mitschüler und Mitschülerinnen als neutrale Vermittler bzw. neutrale Vermittlerinnen oder sogenannte Konfliktlotsen eingesetzt, welche die Konfliktparteien bei der Regelung der Auseinandersetzung tatkräftig unterstützen. Dieser Lösungsansatz wurde als Pilotprojekt in verschiedenen Oberstufenklassen durchgeführt. Nach erfolgter Auswertung der Pilotphase ist die Schulmediation heute in weiteren Oberstufenklassen verbreitet. Sie soll im Schneeballeffekt und mit Langzeitwirkung in den städtischen Schulen schrittweise eingeführt werden.

Die erwähnten Massnahmen tragen zu einer Entschärfung schwieriger Situationen an den städtischen Schulen bei. Der Stadtrat geht mit dem Postulat einig, dass diese Massnahmen nicht zur Meinung führen dürfen, dass damit ebenfalls die möglichen Ursachen von Gewalt behoben wären.

1.2 Gewalt im sozialen Nahraum

Die Wurzel der Gewalt liegt oft in der Familie, und Gewaltherde machen sich zuerst im sozialen Nahraum bemerkbar. Zu einer umfassenden Gewaltprävention und -intervention gehören deshalb Massnahmen gegen diese Form der Gewalt.

Im vorliegenden Bericht werden die Begriffe „Gewalt in Ehe und Partnerschaft“, „Gewalt in Paarbeziehungen“, „häusliche Gewalt“, „familiäre Gewalt“, „Gewalt im Nahbereich“ und „Gewalt im sozialen Nahraum“ synonym verwendet. Sie umfassen die körperverletzende (einschliesslich sexuelle) Gewalt oder das Androhen von physischer Gewalt zwischen Erwachsenen, die in einer intimen Beziehung stehen oder standen. Die psychische Gewalt wird hier, mit Ausnahme der Androhung von körperlicher Gewalt, grundsätzlich nicht berücksichtigt. Dadurch wird die Problematik der Gewalt in Paarbeziehungen zwar nicht in ihrer gesamten Tragweite erfasst, indem wesentliche Bereiche von Gewalt ausgespart bleiben. Die gewählte Fokussierung hat jedoch den Vorteil, dass damit pragmatische Lösungsansätze aufgezeigt werden können. Das physische Merkmal der Tat oder der Verletzung bietet den mit häuslicher Gewalt konfrontierten Instanzen einen zuverlässigen Ansatzpunkt für ihre Handlungen.

Die im Postulatsauftrag verwendete Umschreibung „Gewaltintervention in Familien“ deutet zwar nicht auf eine geschlechterspezifische Täter- und Opferrolle hin. Wenn im vorliegenden



Bericht in erster Linie die Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft thematisiert wird, so deshalb, weil empirische Erkenntnisse diese Schwerpunktbildung notwendig machen. Die prioritäre Behandlung der Gewalt gegen Frauen ist die Folge der Einschränkung auf die physische Gewalt, die gemäss Untersuchungen in der deutlichen Mehrheit der Fälle im sozialen Nahraum von Männern ausgeübt wird, und zwar gegenüber Frauen, zu denen sie eine intime Beziehung haben oder hatten. Des Weiteren belegen Untersuchungen, dass körperliche Gewalt in einer überwiegenden Mehrheit durch Männer begangen wird.

Der soziale Nahraum gilt im Allgemeinen als ein Bereich des Vertrauens, der Verständigung und der Fürsorge. In der Realität ist Gewalt indes häufig Teil des Beziehungsalltags. Die Schwere der Delikte in diesem Bereich ist ganz unterschiedlich und reicht von der Ohrfeige bis zur Tötung. Die Gewalt hat Auswirkungen auf alle Mitbeteiligten an der häuslichen Gemeinschaft. Existieren in einer Paarbeziehung Kinder, so leiden insbesondere diese unter der von Gewalt geprägten Realität, in der sie leben müssen. Sie sind insofern mittelbare Opfer. Wenn nachfolgend von „Gewalt im sozialen Nahraum“ die Rede ist, ist die direkte Gewalt von Eltern oder Familienangehörigen gegenüber Kindern nicht mitgemeint. Diese wird explizit bei ihrem Namen genannt („Kindsmisshandlung“, „sexuelle Ausbeutung“) und verlangt nach eigenen Handlungs- und Interventionskonzepten.

Wegen der hohen Dunkelziffer und der fehlenden Aufschlüsselung der Delikte nach der Beziehung zwischen Opfer und Täter ist das tatsächliche Ausmass der Gewalt im sozialen Nahraum schwer zu eruieren. Im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP 35 (Die Frauen in Recht und Gesellschaft – Wege zur Gleichstellung) ist 1997 erstmals eine repräsentative schweizerische Studie über das Ausmass von Gewalt gegen Frauen in Paarbeziehungen durchgeführt worden, welche über das Dunkelfeld im Bereich dieser Delikte Aufschluss gibt. Die quantitativen Ergebnisse lauten wie folgt: Im Verlauf ihres bisherigen Lebens haben 20.7 % oder jede fünfte Frau körperliche und/oder sexuelle Gewalt durch einen Partner erlebt. 12.6 % gaben an, körperliche Gewalt und 11.6 % sexuelle Gewalt erfahren zu haben. Die Studie widerlegt das Vorurteil, die Gewalt beschränke sich auf bestimmte Bevölkerungsschichten. Gewalt innerhalb Paarbeziehungen kommt danach gleichermassen in sämtlichen sozialen Schichten vor. Es ergaben sich keine signifikanten statistischen Unterschiede in der prozentualen Verteilung von Frauen als Opfer von häuslicher Gewalt, weder hinsichtlich den beruflichen Voraussetzungen, noch im Bezug auf das Alter, die Nationalität oder den Wohnort.

Die Kantonspolizei St.Gallen interveniert jährlich in etwa 300 Fällen von Familienstreitigkeiten. Die Stadtpolizei St.Gallen musste im Jahr 2001 insgesamt 139 Mal in diese Art von Auseinandersetzungen eingreifen.



2 Massnahmen für eine wirksame Gewaltintervention

2.1 Die polizeiliche Intervention

Die Polizei ist häufig die erste staatliche Instanz, die mit Fällen von Gewalt in Ehe und Partnerschaft in Berührung kommt, sei es, weil das Opfer bei der Polizei Strafantrag erstattet oder weil die Polizei einen Einsatz am Tatort leistet. In ihrer Funktion als gefahrenabwehrende und feststellende Instanz steht der Polizei die notwendige Infrastruktur zur Verfügung, um schnell, effizient und konsequent intervenieren zu können und permanent erreichbar zu sein. Bei der Suche nach geeigneten Interventionsmöglichkeiten in Fällen von Gewalt im sozialen Nahraum ist es daher notwendig, insbesondere auch die Polizeiarbeit zu berücksichtigen.

2.1.1 Antragsdelikt gegenüber Officialdelikt

Zahlreiche Erscheinungsformen der Gewalt in Ehe und Partnerschaft stellen strafrechtlich verbotene Handlungen dar. Im Vordergrund stehen klar die Körperverletzungsdelikte (z.B. Tötlichkeiten, einfache und schwere Körperverletzung). Aber auch Drohung, (sexuelle) Nötigung und Vergewaltigung gehören in diesem Zusammenhang zu den vorkommenden Delikten. Sowohl die Drohung, die Tötlichkeit als auch die einfache Körperverletzung sind Antragsdelikte. Ist der Täter der Ehegatte des Opfers und lebt er mit diesem in einer Lebensgemeinschaft, so werden die sexuelle Nötigung und die Vergewaltigung ebenfalls nur auf Antrag verfolgt. Dies bedeutet, dass die Einleitung der Strafverfolgung zwingend der Mitwirkung des Opfers bedarf. Die gewaltbetroffene Frau muss innert einer bestimmten Frist einen Strafantrag stellen, sonst bleibt die Straftat unverfolgt. Im Gegensatz dazu werden Officialdelikte (z.B. schwere Körperverletzung) grundsätzlich ohne Rücksicht auf den Willen des Opfers von Amtes wegen verfolgt.

Die Frage, ob ein Antrags- oder ein Officialdelikt vorliegt, kann im Zeitpunkt der Erstintervention oftmals nicht schlüssig entschieden werden. Aufschluss darüber geben vielfach erst weitere konkrete Ermittlungen. Die Polizei darf grundsätzlich keine juristische Qualifikation der Tat vornehmen, sondern hat in erster Linie den Sachverhalt zu rapportieren und die Beweisaufnahme vorzunehmen. Damit kann sie indessen wesentlich dazu beitragen, dass ein Officialdelikt erfasst wird. Das Ergreifen weiterer polizeilicher Massnahmen ist aufgrund der gesetzlichen Grundlagen nur bei konkreten Feststellungen, wie sichtbaren Verletzungen oder Auseinandersetzungen infolge Alkoholproblemen und illegalen Drogen, möglich und auch erforderlich.



2.1.2 Schlichten und vermitteln?

Als Ziel der polizeilichen Intervention müssen die Sicherheit und der Schutz des Opfers im Vordergrund stehen. Das heisst, die Polizei hat in erster Linie einen Auftrag zur Gefahrenabwehr wahrzunehmen. Die in der Vergangenheit aufgrund der gesetzlichen Grundlagen angewendete Vermittlungs- und Schlichtungsstrategie der Polizei in Fällen von häuslicher Gewalt ist oft problematisch und kann auf einer Verkennung des Ausmasses und der Dynamik der Gewalt beruhen. Der Familienfriede, der durch die polizeiliche Vermittlungsstrategie bewahrt oder wiederhergestellt werden soll, ist nur ein scheinbarer.

Neben der konkreten Gefahrenabwehr besteht eine präventionsrelevante Dimension des polizeilichen Handelns. Das Unterbleiben einer Reaktion der Strafverfolgungsorgane auf Gewalt in der Familie beeinflusst das Verhalten des Täters in negativer Weise. Es bestätigt ihn in der irrigen Auffassung, dass ihm ein Recht zustehe, seine Familienmitglieder körperlich zu disziplinieren. Indem das polizeiliche Interventionsverhalten die Nichtduldung häuslicher Gewalt deutlich zum Ausdruck bringt, verringert sich die Wiederholungsgefahr.

Die Handlungen der Polizei an Ort und Stelle sind von grosser Bedeutung für den Schutz des Opfers wie auch für den weiteren Verlauf des Verfahrens. Deshalb richtet die Stadtpolizei bewusst grosses Augenmerk auf die klassischen polizeilichen Funktionen der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung. Es ist wichtig, dass die ersten polizeilichen Massnahmen auf eine unverfälschte und vollständige Aufklärung und Erhebung des tatsächlichen Geschehens ausgerichtet sind und dass alles unternommen wird, um die spätere Beweisbarkeit der Tat zu erleichtern. In der Regel findet eine erste Befragung, die der Feststellung des Sachverhaltes dient, am Tatort statt. In Anbetracht der besonderen Gewalt- und Machtdynamik, der Drucksituation und der unterschiedlichen Interessenlagen der im Gewaltgeschehen Involvierten werden die Personen, namentlich Täter und Opfer, seitens der Stadtpolizei jeweils räumlich getrennt befragt.

Wichtig für den weiteren Verlauf des Verfahrens wie auch für die Beweissicherung ist ein ärztliches Zeugnis über die erlittenen Verletzungen. Die betroffenen Personen werden daher regelmässig von der Polizei aufgefordert, ein solches einzuholen. Wünscht das Opfer, die Verletzungen ärztlich feststellen zu lassen, so wird es durch die Stadtpolizei ins Kantonsspital (aber auch zum Hausarzt bzw. zur Hausärztin) begleitet, wo eine ärztliche Untersuchung erfolgt und entsprechende Fotos und Atteste erstellt werden.

Besondere Anforderungen an die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen stellen Interventionen in Familien eines anderen Kulturkreises. Probleme können in diesen Situationen vor al-



lem die Familienverhältnisse, welche durch traditionelle Strukturen und teilweise religiös geprägt sind, bilden. Aber auch sprachliche Schwierigkeiten liegen häufig vor. Weil der Beizug eines Dolmetschers bzw. einer Dolmetscherin zu grossen zeitlichen Verzögerungen führen kann, wird die Dolmetscherfunktion in der Praxis in der ersten Interventionsphase oft von Familienangehörigen wahrgenommen, was nicht immer unproblematisch ist. Sprachlich aber auch kulturell schwierig ist insbesondere das Verständlichmachen zu treffender Massnahmen. Für eine wirksame Intervention bei häuslicher Gewalt gegen Migrantinnen sind aufgrund der dargelegten Schwierigkeiten spezielle Handlungsanweisungen für die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen notwendig. Im Rahmen des Interventionsprojektes „Gewalt.Los“ im Kanton St.Gallen setzt sich die Stadtpolizei mit dieser Thematik auseinander und erarbeitet entsprechende Handlungsanweisungen. Ferner nehmen Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen der Stadtpolizei an den von der Stadt St.Gallen im Rahmen des Integrationskonzeptes organisierten Kursen in Kulturvermittlung und Konfliktlösung teil. Ziel ist einerseits die Sensibilisierung für fremde Werte und Kulturen und andererseits die Rolle der Polizei, ihre Aufgaben und Massnahmen gegenüber fremden Kulturen darzustellen.

2.1.3 Polizeigewahrsam

Im Gegensatz zur Festnahme zum Zwecke der Strafverfolgung ist der Polizeigewahrsam eine reine Gefahrenabwehrmassnahme. Eine Person kann nur dann vorübergehend in polizeilichen Gewahrsam genommen werden, wenn sie sich oder andere wegen Geistesstörung, Betrunkenheit oder unter Drogeneinwirkung ernsthaft und unmittelbar gefährdet. Die entsprechende Bestimmung des heutigen Polizeigesetzes ist darauf ausgerichtet, dass der polizeiliche Gewahrsam als Sofortmassnahme so rasch als möglich durch eine fürsorgerische Freiheitsentziehung abgelöst wird, sofern ein Freiheitsentzug weiterhin erforderlich ist. Im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt ist die Praxisrelevanz des Polizeigewahrsams gering.

2.1.4 Opferhilfe

Die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen sind darin ausgebildet, ihr Verhalten bezüglich Auftreten, Betreuung, Hilfsbereitschaft und Gesprächsführung der Opfersituation anzupassen und die allgemeinen Rechte des Opfers nach Opferhilfegesetz zu wahren. Wünscht das Opfer Schutzbegleitung der Polizei - sei es z.B. zum Arzt bzw. zur Ärztin oder zurück zur eigenen Wohnung, um persönliche Sachen abzuholen - so wird diese gewährleistet.

Es ist im Sinne des Schutzes des (potentiellen) Opfers von Gewalt, dass nach einem polizeilichen Einsatz unterstützende Beratung und Betreuung erfolgt. Damit das Opfer die vorhandenen Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen kann, muss es von deren Existenz



Kenntnis erhalten. Deshalb wird dem Opfer heute durch die Stadtpolizei eine in verschiedenen Sprachen abgefasste Dokumentation über die Stiftung Frauenhaus abgegeben. Das Frauenhaus bietet vorübergehend Unterkunft und Schutz für körperlich und seelisch misshandelte Frauen und deren Kinder. Ferner wird das Opfer einer Gewalttat durch die Abgabe der Broschüre „Beratungsstelle Opferhilfe“ auf seine Rechte im Ermittlungsverfahren aufmerksam gemacht. Zudem wird den betroffenen Personen eine sogenannte Notfallkarte überreicht, die dem Opfer aufzeigt, welche Stellen in welchen Fällen beratend und unterstützend tätig sind.

Auf städtischer Ebene wurde die Schaffung einer sogenannten „sozialen Interventionsstelle“ geprüft. Bei besonderen Gewaltsituationen soll dabei die Polizei durch eine Fachperson aus dem sozialen Bereich unterstützt werden. Dadurch könnte unter anderem eine professionelle Opferbetreuung von der ersten Stunde an sichergestellt werden. Die Fachpersonen mit psychologischen bzw. sozialen Berufen müssten aufgrund der zeitlich meist auf die Nachtstunden und auf Wochenenden fallenden Interventionen rund um die Uhr verfügbar sein. Wie die Praxis heute zeigt, wäre die Auslastung einer solchen Stelle verhältnismässig gering. Es gilt aber auch zu berücksichtigen, dass die psychologische Kompetenz der Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen innerhalb der Stadtpolizei recht weit fortgeschritten und dass im Interventionsfall eine Trennung zwischen polizeilicher und psychologischer Arbeit sehr schwierig ist. Diese Überlegungen führten zur Entscheidung, zum heutigen Zeitpunkt von der Schaffung einer sozialen Interventionsstelle abzusehen. Nach Inkrafttreten des II. Nachtragsgesetzes zum Polizeigesetz und nachdem verschiedentlich Erfahrungen mit dem neuen Instrumentarium dieses Gesetzes (vgl. Abschnitt 3.3) gesammelt werden konnten, soll diese Thematik nochmals aufgegriffen und allenfalls in Zusammenarbeit mit dem Kanton nach entsprechenden Lösungen gesucht werden.

2.1.5 Die Sicherstellung

Nicht selten wird in Fällen von Gewalt in Paarbeziehungen mit Waffen oder mit anderen gefährlichen Gegenständen gedroht. Der Waffenbesitz des gewalttätigen (ehemaligen) Partners bedeutet für die Partnerin eine ständige Bedrohung und führt nicht selten zu Todesangst. Aus diesem Grund ist die Sicherstellung eine wichtige und konsequent anzuwendende gefahrenabwehrende polizeiliche Massnahme. Bestehen Hinweise auf Drohungen mit Waffen oder mit anderen gefährlichen Gegenständen, so werden diese von der Polizei unverzüglich sichergestellt.



2.2 Weitere gefahrenabwehrende Massnahmen

2.2.1 Fürsorgerische Freiheitsentziehung

Wegen Geisteskrankheit, Geistesschwäche, Trunksucht, anderer Suchterkrankungen oder schwerer Verwahrlosung können mündige oder entmündigte Personen in einer geeigneten Anstalt untergebracht werden, wenn ihnen die nötige persönliche Fürsorge nicht anders erwiesen werden kann.

Grundsätzlich ist die Vormundschaftsbehörde für den Entscheid betreffend der fürsorgerischen Freiheitsentziehung zuständig. Im Kanton St.Gallen sind für die Anordnung dieser Massnahme bei psychisch kranken Personen zudem der Bezirksarzt und seine Stellvertreter befugt. Die polizeiliche Behörde ist nicht befugt, selbständig die fürsorgerische Freiheitsentziehung anzuordnen. Sie hat im Hinblick auf eine allfällige fürsorgerische Freiheitsentziehung Kontakt mit den zuständigen Stellen aufzunehmen.

Die fürsorgerische Freiheitsentziehung kann wohl eine mögliche Massnahme im Einzelfall sein, jedoch keine allgemeine Interventionsstrategie bei familialer Gewalt. Grund einer fürsorgerischen Freiheitsentziehung ist die Fürsorge- und Hilfsbedürftigkeit der gewalttätigen Person und nicht die Schutzbedürftigkeit der von Gewalt Betroffenen oder Bedrohten. Allerdings wird die Entfernung des zu Gewalt neigenden Partners vom Wohnort auch mit der fürsorgerischen Freiheitsentziehung erreicht, womit einem Schutzbedürfnis der Betroffenen oder Bedrohten - meist nur vorübergehend - entsprochen wird.

2.2.2 Kindesschutzmassnahmen

Bei einer allfälligen Gefährdung des Kindeswohls wird jede Intervention betreffend Gewalt im sozialen Nahraum durch die Stadtpolizei dem Vormundschaftsamt gemeldet. Dieses prüft die Einleitung entsprechender Kindesschutzmassnahmen. Solche Massnahmen können Anweisungen, die Beistandschaft, aber auch, wenn der Gefährdung des Kindes nicht anders begegnet werden kann, die Aufhebung der elterlichen Obhut sein. Eine weitere Möglichkeit ist die sogenannte sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF). Bei dieser Massnahme besucht ein ausgebildeter Sozialarbeiter oder eine ausgebildete Sozialarbeiterin die Familie regelmässig und nimmt an deren Familienleben teil, um Ressourcen auszubauen und Defizite auszugleichen. Dabei kann beispielsweise den Eskalationen und dem Aufkommen von Gewalt schon früh und wirkungsvoll begegnet werden.

Anfangs Februar dieses Jahres wurde in St.Gallen die Abteilung „Anlauf- und Beratungsstelle“ als erste Abteilung des Kindesschutzzentrums eröffnet. Diese bietet ambulante und tele-



fonische Beratung und Information für Kinder und Jugendliche an, die von psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt betroffen sind. Sie ist aber auch Adresse für Bezugspersonen (Eltern), Fachleute (z.B. Lehrpersonen) und weitere Institutionen (z.B. öffentliche Verwaltung). Die beiden weiteren Abteilungen „Notunterkunft für Kinder und Jugendliche“ (Schlupfhaus) und „Bettenstation“ werden im Herbst 2002 respektive auf Beginn des nächsten Jahres eröffnet. Das Kindesschutzzentrum ist als eigenständiger Geschäftsbereich in der Stiftung Ostschweizer Kinderspital integriert.

2.3 Interventionsmöglichkeiten seitens der Schulverwaltung

Neben der Polizei kommen weitere Dienststellen bzw. Institutionen der Stadtverwaltung regelmässig mit Personen in Kontakt, welche mit Gewalt im sozialen Nahraum konfrontiert sind. Dies trifft besonders für den schulischen Bereich zu. Lehrkräfte, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Schulgesundheitsdienstes - dieser setzt sich aus dem Schulpsychologischen Dienst, dem Schulärztlichen Dienst, der Sozialberatung, dem Logopädischen Dienst und der Psychomotorik zusammen - wie auch Betreuungspersonen aus dem familienergänzenden Betreuungsangebot (Horte und freiwilliges Schulhausangebot) und dem Jugendsekretariat kümmern sich wiederholt um Kinder und Jugendliche, welche unter der von Gewalt geprägten Realität in ihrer Familie leiden.

2.3.1 Orientierungshilfe für Lehrkräfte

In Situationen der Gewalt im sozialen Nahraum bietet sich primär die Sozialberatung als Ansprechstelle für Lehrkräfte an. Die Sozialberater und Sozialberaterinnen beraten Lehrkräfte in der Vorbereitung von Elterngesprächen, wo die häusliche Gewalt thematisiert werden soll, und vermitteln Stellen, die im konkreten Fall weiterhelfen können. Von der Sozialberatung wird auch eine kurzfristige Beratung der von Gewalt betroffenen Familien und die Weitervermittlung (z.B. an Eheberatung, Vormundschaftsamt, Therapeuten und Therapeutinnen) angeboten.

Eine wichtige Rolle, u.a. in Fällen häuslicher Gewalt, spielen auch die GEFOS-Delegierten¹. Bei Schwierigkeiten mit Schülern und Schülerinnen übernehmen die GEFOS-Delegierten erste Triagefunktionen und sind Ansprechpartner bzw. Ansprechpartnerinnen für Lehrkräfte, welche sich über Möglichkeiten der Hilfestellung beraten lassen wollen. Bei komplexen Problemen wie Gewalt in der Familie eignen sich von den GEFOS-Delegierten bedarfsorientiert

¹ GEFOS ⇒ Gesundheitsfördernde Schule;

GEFOS-Delegierte sind Lehrkräfte, welche je Schulquartier der Schulleitung zur Seite gestellt wurden und für die Planung und Umsetzung von gesundheitsfördernden Projekten im weitesten Sinne verantwortlich und auch Ansprechpersonen für die GEFOS-Zentrale sind.



zusammengestellte sogenannte „Runde Tische“. Betroffene Betreuungspersonen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der GEFOS-Zentrale², Vertreter und Vertreterinnen anderer Dienststellen der Stadtverwaltung (z.B. Vormundschaftsamt, Stadtpolizei) oder weiterer Institutionen (z.B. Beratungsstelle Opferhilfe) können dabei bedarfsgerechte Verantwortlichkeiten und Vorgehensweisen absprechen.

Den Lehrkräften der Stadt St.Gallen stehen die im Schulbereich tätigen Sozialberaterinnen und -berater zur Seite; ferner steht als Orientierungshilfe eine Checkliste zur Verfügung, welche aufzeigt, wie diese in Krisensituationen – insbesondere im Falle von Misshandlungen, Gewaltanwendung und Bedrohung – vorzugehen haben und an welche Fachstellen und Institutionen sie sich wenden können.

2.3.2 Familienergänzendes Betreuungsangebot

Bedeutsam für eine wirksame Gewaltintervention ist auch das familienergänzende Betreuungsangebot. Betreuungspersonen aus diesem Angebot konnten bereits mehrmals schwierige familiäre Situationen erkennen und in Zusammenarbeit mit dem Vormundschaftsamt oder mit privaten Institutionen Kinder aus solchen Situationen herausnehmen. Betreuungsangebote in Schulen und Horten sind für Elternteile und auch Beratungsstellen eine Chance, Kinder, die zu Hause Gewalt in irgendeiner Form erfahren, zeitlich beschränkt in eine andere Betreuungs- und Erziehungssituation zu geben.

2.3.3 Jugendsekretariat

Eine weitere Dienststelle der Stadtverwaltung, welche u.a. wiederholt mit Jugendlichen in Kontakt steht, die mit Gewalt im sozialen Nahraum konfrontiert sind, ist das Jugendsekretariat - insbesondere dessen Abteilung „Beratung“. In Zusammenarbeit mit betroffenen Jugendlichen werden Lösungsansätze erarbeitet. Oft findet eine Kooperation mit anderen Stellen (z.B. Stadtpolizei, Vormundschaftsamt, Beratungsstelle Opferhilfe) statt. Zu betonen ist, dass die Jugendlichen selber gewillt sein müssen, etwas gegen die erlebte Gewalt zu unternehmen, bevor das Jugendsekretariat weitere Stellen einschaltet.

2.4 Vernetzung und Koordination

Um die Wirksamkeit der einzelnen Institutionen zu erhöhen und den Schutz von betroffenen

² Zwecks Koordination der Mittel und Inhalte wurde für die Schulen und Kindergärten eine zentrale Stelle (GEFOS-Zentrale) mit den Gesundheits- und therapeutischen Diensten eingerichtet. Darin enthalten sind die Gesundheitsdienste Schulärztlicher Dienst, Schulpsychologischer Dienst und Sozialberatung und die therapeutischen Dienste Logopädie und Psychomotorik.



Frauen und ihrer Kinder zu verbessern, müssen die beteiligten Behörden und Institutionen ihre Hilfeleistungen systematisch koordinieren und vernetzen. Zusammenarbeit und Handlungsabläufe müssen institutionalisiert, Handlungen und Massnahmen gegenseitig mitgetragen und unterstützt werden.

2.4.1 Interventionsprojekt im Kanton St.Gallen gegen häusliche Gewalt - Gewalt.Los

Eine solche Koordination und Vernetzung zwischen involvierten Fachstellen strebt im Kanton St.Gallen das Projekt „Gewalt.Los“ an. Im April 1998, im Anschluss an die nationale Kampagne „Halt Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft“ von 1997, konstituierte sich im Kanton St.Gallen die „Table Ronde“. Neben Staatsanwaltschaft, den Untersuchungsbehörden, dem Bezirks- und Kantonsgericht, der Kantons- und Stadtpolizei sowie den Vormundschaftsämtern der Stadt St.Gallen und Gossau und der Stiftung für Opfer strafbarer Handlungen sind die Stiftung Frauenhaus, der Katholische Frauenbund, das Institut für Rechtsmedizin, ein Sozialarbeiter, welcher in der Täterarbeit tätig ist, und eine frei praktizierende Anwältin in diesem Projekt vertreten. Ziel des Projektes ist es, konkrete Handlungsanweisungen zu erarbeiten und umzusetzen. Damit sollen eine Eskalation der Gewalt möglichst verhindert und der Schutz der betroffenen Frauen und Kinder verbessert werden. Das Projekt umfasst die Bereiche polizeiliches Handeln, strafrechtliche Massnahmen, zivilrechtliche Massnahmen, soziales Trainingsprogramm für gewalttätige Männer und Stärkung des Informations- und Beratungsangebots für betroffene Frauen und ihre Kinder.

Seit 1998 erarbeiten genannte Behörden und private Einrichtungen gemeinsam am runden Tisch und in den beiden Arbeitsgruppen „Polizei/Strafrecht“ und „Zivilrecht“ griffige Massnahmen gegen häusliche Gewalt. Nach zweijähriger Projektarbeit am runden Tisch wurde auf den 1. Oktober 2000 für ein Jahr eine professionelle Projektleitung eingestellt. In der ersten Phase des Projektes (Situationsanalyse) wurden in Form von Interviews mit allen Projektbeteiligten eine Bestandesaufnahme und Zielformulierungen erarbeitet. In der zweiten Phase wurden der Konkretisierung und genauen Definition der Handlungsgrundsätze in den Bereichen polizeiliches Handeln, Strafrecht und Zivilrecht grosses Gewicht beigemessen und ein Massnahmenkatalog erarbeitet. Parallel dazu konnten folgende Massnahmen umgesetzt werden: Weiterbildungsveranstaltungen bei Gerichten und Polizei, Untersuchungsanleitung für Ärzte, Notfallkarte für Betroffene, Bescheinigung der Beratungsstellen, Grundlagen für soziale Trainingskurse für gewaltbereite Personen und Öffentlichkeitsarbeit. Für die Weiterarbeit des Projektes „Gewalt.Los“ hat der Grosse Rat des Kantons St.Gallen im November 2001 eine Verlängerung der professionellen Projektleitung um zwei Jahre beschlossen. Schwerpunkte für die Weiterarbeit bilden:



- Empfehlungen für Handlungsanweisungen für den Einsatz der Stadt- und Kantonspolizei betreffend Intervention bei häuslicher Gewalt
- die Erarbeitung von Musterfällen (Zivilrecht)
- Massnahmen zum Wohl der indirekt von Gewalt betroffenen Kinder
- die Anpassung der Handlungsgrundsätze bei häuslicher Gewalt gegen Migrantinnen
- die Weiterbildung beteiligter Berufszweige
- die Information der Öffentlichkeit und der gewaltbetroffenen Personen (Informationsbulletin, Notfallkarte)
- die Vernetzung der Institutionen und Behörden in den Landregionen
- die Mitarbeit bei den Begleitmassnahmen zur Einführung des II. Nachtragsgesetzes zum Polizeigesetz.

Der Stadtrat erachtet es als zweckmässig, dass die Ausarbeitung entsprechender Massnahmenvorschläge für eine wirksame Gewaltintervention sowie Vorschläge bezüglich deren Umsetzung soweit möglich auch für die Stadt St.Gallen innerhalb des runden Tisches und der Arbeitsgruppen aus dem Projekt „Gewalt.Los“ erfolgen. Seitens der Stadtverwaltung wirken deshalb die Leiterin Vormundschaftsamt, der Leiter Sicherheits- und Verkehrspolizei sowie dessen Leiter der Zivilpolizei in diesem Projekt mit.

2.4.2 Zusammenarbeit innerhalb der Stadtverwaltung

Auf städtischer Ebene ist die Zusammenarbeit vor allem zwischen Stadtpolizei, Vormundschaftsamt und Sozialamt weit fortgeschritten und in den Arbeitsalltag der Dienststellen integriert. Regelmässige Rapporte wie auch multilaterale, je nach Problematik zusammengestellte Sitzungen sichern ein koordiniertes Vorgehen zwischen diesen Dienststellen.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit auf städtischer Ebene wird daneben durch gemischt zusammengestellte Arbeitsgruppen gewährleistet. Ein Beispiel dafür ist die Arbeitsgruppe „Interdisziplinäre Problemlösung“. Diese Arbeitsgruppe setzt sich aus dem Schulvorstand und dem Vorstand der Polizeiverwaltung bzw. der Sozialen Dienste wie auch aus Vertretern und Vertreterinnen der Jugendanwaltschaft, der Kantons- und Stadtpolizei, des Vormundschaftsamtes, des Schulamtes, des Abteilungssekretariates Schulverwaltung, der Schulleiterkonferenz und des SLLV (Städtischer Lehrerinnen- und Lehrerverband) zusammen. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, die Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Amtsstellen zu verbessern und gegenseitige Informationen sicherzustellen, wobei das Amtsgeheimnis wie auch der Datenschutz zu gewährleisten sind. An regelmässigen institutionalisierten Zusammenkünften werden die Beteiligten über die laufenden und geplanten Projekte sowie über allgemeine Probleme, konkrete Problemfälle und deren Lösungen auf den gleichen In-



formationsstand gebracht.

Die enge und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen wird auch durch die Weiterbildungsveranstaltungen innerhalb der Stadtverwaltung gefördert, an welchen die Dienststellen oft gegenseitig vertreten sind. Des weiteren wird auf die Zusammenarbeit im Rahmen der Interventionsmöglichkeiten seitens der Schulverwaltung hingewiesen (vgl. Abschnitt 2.3).

2.4.3 Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und privaten Stellen

Die Zusammenarbeit zwischen den involvierten Dienststellen der Stadtverwaltung und privaten Stellen (wie z.B. die Stiftung Frauenhaus und die Beratungsstelle Opferhilfe) ausserhalb des Projektes „Gewalt.Los“ gehört gleichermassen zum Arbeitsalltag. Ausserdem finden jährlich zwischen der Stiftung Frauenhaus und der Stadtpolizei mindestens zwei Sitzungen - teilweise auch spontan auf ein konkretes Ereignis bezogen - statt, an denen Erfahrungen ausgetauscht und allfällige Probleme besprochen werden.

2.5 Schulung

Erfahrungen zeigen, dass der Erfolg der polizeilichen Massnahmen gegen häusliche Gewalt von flankierenden Massnahmen, insbesondere der guten Vorbereitung der Polizeikräfte auf ihre Aufgaben durch entsprechende Aus- und Weiterbildung, abhängt. Das Verhalten des einzelnen Polizeibeamten oder der einzelnen Polizeibeamtin bei einer Intervention ist wesentlich von ihrem bzw. seinem Problembewusstsein abhängig, das heisst davon, wie sie bzw. er das Ausmass der Bedrohung einschätzt und das Schutzbedürfnis der Frau wahrnimmt. Gerade deshalb ist es wichtig, eine Sensibilisierung für das Ausmass, die Dynamik und die Folgen der Gewalt im Nahbereich anzustreben.

Die Polizeiaspiranten und Polizeiaspirantinnen wie auch die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen werden in der Grundausbildung und in internen Weiterbildungskursen auf entsprechende Interventionen vorbereitet. Die Aus- und Weiterbildung der städtischen Polizeikräfte wird aufgrund der praktischen Erfahrungen wie auch aufgrund der Erkenntnisse aus der Zusammenarbeit mit anderen involvierten Fachstellen laufend angepasst. Die Revision des Polizeigesetzes (vgl. Abschnitt 3.3) sowie die vorgesehenen Neuregelungen auf Bundesebene (vgl. Abschnitte 3.1 und 3.2) werden auf die Aus- und Weiterbildung der Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen bedeutende Auswirkungen haben. Entsprechende Anpassungen sollen im Rahmen des Projektes „Gewalt.Los“ geplant, umgesetzt und überprüft werden. Wichtig ist ebenfalls die Weitergabe von Erfahrungen innerhalb des Polizeikorps an internen Kursen und



Seminaren.

Wie bereits oben erläutert, kommen neben der Polizei auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterer Dienststellen bzw. Institutionen regelmässig mit Frauen in Kontakt, die in einer Gewaltbeziehung leben. Auch sie müssen über die Formen, Dynamik und Folgen von Gewalt gegen Frauen in der Partnerschaft Kenntnis haben und verdeckte oder komplexe Gewaltbeziehungen erkennen können und ihren Handlungsspielraum kennen. Im Rahmen des Projektes „Gewalt.Los“ werden deshalb Weiterbildungsmodule zusammengestellt, die für die verschiedensten Berufszweige verwendet werden können. Zudem werden spezifische Module für die einzelnen Berufe erarbeitet (vgl. Abschnitt 2.4.1). Nach Abschluss der genannten Arbeiten im Projekt „Gewalt.Los“ wird vom Personalamt auch geprüft, inwiefern diese Module zur häuslichen Gewalt im städtischen Weiterbildungsprogramm angeboten werden.

2.6 Beratungs- und Therapieangebote für Opfer sowie für gewaltbereite Partner

Im Zentrum einer umfassenden Gewaltintervention stehen der Schutz und die Sicherheit der von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder. Neben den täterbezogenen Interventionen sind die Beratung und wenn nötig Unterstützung des Opfers weitere wichtige Massnahmen, um dessen Schutz sicherzustellen. Sie helfen dem Opfer, die Gewalterfahrungen zu verarbeiten. In der Stadt St.Gallen bieten verschiedene Institutionen Beratungs- und Unterstützungsarbeit für Opfer häuslicher Gewalt an, so z.B. die Beratungsstelle Opferhilfe, die ambulante Beratungsstelle Frauenhaus, die Beratungsstelle Mütter in Not vom katholischen Frauenbund St.Gallen - Appenzell und die Beratungsstelle Soforthilfe für vergewaltigte Frauen und Jugendliche am Kantonsspital.

Es soll jedoch nicht nur das Opfer, sondern insbesondere der Verursacher der Gewalt die nachteiligen Folgen (mit)tragen müssen. Denn die Verantwortung für Gewalt liegt immer bei der Person, die sie ausübt. Auf diesen Grundgedanken fusst die Täterarbeit. In der Stadt St.Gallen haben sich vor allem zwei Institutionen auf die Täterarbeit spezialisiert. Dies ist einerseits das cib - Center für Integration und Begegnung und neu die Beratungsstelle Männer gegen Männergewalt® Ostschweiz. Beide Einrichtungen bieten Einzel- und Gruppenberatung für (potenzielle) Täter an. Dadurch sollen gewaltbereite Partner einen Weg aus ihrem Gewaltkreislauf finden. Ziel ist die Förderung und nachhaltige Erreichung von gewaltfreiem Verhalten von Männern und männlichen Jugendlichen.

Das II. Nachtragsgesetz zum Polizeigesetz sieht vor, dass weggewiesene Personen wie auch gefährdete Personen auf solche Beratungs- und Therapieangebote hingewiesen werden müssen.



3 Bevorstehende gesetzliche Neuregelungen im Rahmen der Gewaltintervention

3.1 Zivilrechtliche Regelungen betreffend Gewalt im sozialen Nahraum

Im schweizerischen Recht gibt es keine speziellen zivilrechtlichen Regelungen betreffend Gewalt im sozialen Nahraum. Insbesondere ein Gesetz, das den Opfern von Gewalttaten sofortigen Schutz im eigenen Wohnumfeld zusichert, fehlt.

In der Sommersession 2001 hat der Nationalrat auf Antrag seiner Kommission für Rechtsfragen die parlamentarische Initiative „Schutz vor Gewalt im Familienkreis und in der Partnerschaft“ vom 14. Juni 2000 angenommen, mit der ein Gewaltschutzgesetz zum besseren Schutz von Opfern häuslicher Gewalt gefordert wird. Dieses Gesetz soll die von Gewalt betroffenen Personen schützen. Gewalttätige Personen sollen für eine bestimmte Zeitdauer aus der Wohnung weggewiesen werden können. Die von Gewalt bedrohten Familienmitglieder sollen das Recht haben, in ihrer Wohnung zu bleiben. Das Gesetz soll ausserdem weitergehende Instrumente vorsehen, die den Schutz der von Gewalt betroffenen Familienmitglieder nötigenfalls über die Dauer der Wegweisung und des Betretungsverbots hinaus verlängern können. Die vorwiegend zivilrechtlichen Normen dieses Gesetzes sollen die vorhandenen strafrechtlichen und polizeilichen Instrumente ergänzen.

3.2 Revision des Strafgesetzbuches aufgrund der Problematik „Strafantragstellung bei Gewalt im sozialen Nahraum“

Opfern von Gewalt im sozialen Nahraum fällt es in der Praxis ausgesprochen schwer, einen Strafantrag zu stellen oder einen solchen aufrechtzuerhalten, da sie vom Täter oder von Angehörigen leicht unter Druck gesetzt werden können. Deshalb schlägt die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats im Sinne zweier parlamentarischer Initiativen vor, dass in häuslicher Gemeinschaft begangene Gewaltdelikte in Zukunft nicht mehr auf Antrag, sondern von Amtes wegen verfolgt werden. Insbesondere sind die zwischen Ehegatten und hetero- oder homosexuellen Lebenspartnern begangenen einfachen Körperverletzungen, wiederholten Tötlichkeiten und Drohungen sowie die in der Ehe begangene sexuelle Nötigung und die Vergewaltigung als Offizialdelikte auszugestalten. Die Vernehmlassungsphase für diese vorgeschlagene Revision des Strafgesetzbuches ist seit dem 30. Juni 2001 abgeschlossen.

3.3 Massnahmen im Polizeigesetz

Am 19. Februar 2002 hat der Grosse Rat Botschaft und Entwurf zu einem II. Nachtragsgesetz zum Polizeigesetz in zweiter Lesung zugestimmt. Die im Kampf gegen häusliche Gewalt relevanten Änderungen sind einerseits die Ausweitung der Voraussetzungen für die Anordnung des polizeilichen Gewahrsams und andererseits die Einführung des neuen Instrumen-



tes Wegweisung und Rückkehrverbot. Gemäss Beschluss der Regierung des Kantons St.Gallen werden diese Änderungen ab 1. Januar 2003 angewendet.

Der Stadtrat unterstützt diese Stossrichtung der St.Galler Regierung. Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches lange tabuisiert wurde. Mit diesem Gesetz setzt der St.Galler Gesetzgeber ein klares Zeichen, dass die Bekämpfung häuslicher Gewalt von öffentlichem Interesse ist. Er zeigt, dass nicht die Opfer von Gewalt, sondern die Täter Konsequenzen tragen müssen. Nicht allein Schutz-, Beratungs- und Hilfsangebote für betroffene Frauen und deren Kinder genügen, sondern es sind in diesem Bereich täterbezogene Massnahmen erforderlich.

3.3.1 Polizeigewahrsam

Die heutige Regelung des Polizeigewahrsams ist im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt von geringer Bedeutung, da eine Person nur dann vorübergehend in polizeilichen Gewahrsam genommen werden kann, wenn sie sich oder andere wegen Geistesstörung, Betrunkenheit oder unter Drogeneinwirkung ernsthaft und unmittelbar gefährdet (vgl. Abschnitt 2.1.3). Die Aufgabe der Polizei ist es, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu wahren und mögliche strafbare Handlungen zu verhindern. Der Stadtrat geht mit der Aussage der Kantonsregierung in ihrer Botschaft einig, dass bei ernsthafter und unmittelbarer Gefährdung die erwähnten Gründe für den Polizeigewahrsam nicht massgeblich sein können. Im II. Nachtragsgesetz zum Polizeigesetz werden deshalb neu die Voraussetzungen für die Anordnung des polizeilichen Gewahrsams ausgeweitet. Damit wird die akute Gefahrensituation behoben und dem Opfer Zeit eingeräumt, die zu seinem Schutz erforderlichen Schritte zu überlegen und einzuleiten. Da der mit einem polizeilichen Gewahrsam verbundene Freiheitsentzug einen erheblichen Eingriff in die persönliche Freiheit des Betroffenen bedeutet, darf eine Person jedoch nur dann in polizeilichen Gewahrsam genommen werden, wenn die Gefährdung nicht auf andere Weise, d.h. mit weniger einschneidenden Massnahmen zur Behebung der Gefahrensituation, abgewendet werden kann. Während bei Selbstgefährdung der Polizeigewahrsam auf 24 Stunden beschränkt bleibt, soll er bei Drittgefährdung für so lange als unbedingt nötig dauern, längstens aber acht Tage. Die eigenständige Kompetenz der Polizei zur Anordnung des Gewahrsams bleibt zeitlich auf 24 Stunden beschränkt. Dauert die Fremdgefährdung an, beantragt die Polizei dem Haftrichter die Verlängerung des Gewahrsams. Wie die Regierung in ihrer Botschaft erläutert, ist der Polizeigewahrsam nicht davon abhängig, dass ein Strafantrag eingereicht oder von Amtes wegen ein Strafverfahren eröffnet wird.



3.3.2 Wegweisung / Rückkehrverbot

Neben dem Polizeigewahrsam sieht das II. Nachtragsgesetz zum Polizeigesetz mit der Wegweisung und dem Rückkehrverbot zusätzlich ein neues Instrument gegen häusliche Gewalt vor. Der gewalttätige Partner soll aus der gemeinsamen Wohnung weggewiesen werden und ihm soll die Rückkehr vorübergehend verboten werden können. „Dem gewalttätigen Partner wird damit unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass sein Verhalten nicht toleriert wird und Konsequenzen nach sich zieht. [...] Allen Beteiligten wird eine «Schonzeit» eingeräumt, während der, nötigenfalls mit fachlicher Unterstützung, die weiteren Schritte in Ruhe überlegt werden können.“ (vgl. Botschaft und Entwürfe der Regierung vom 3. Juli 2001). Dieses neue Instrumentarium ergänzt die polizeilichen Interventionsmöglichkeiten bei Gewalt. Dabei geht es ebenfalls um eine sicherheitspolizeiliche Aufgabe, die in vielen Fällen verhindert wird, dass eine Person vorübergehend in Gewahrsam genommen werden muss.

Mit dem neuen Polizeigesetz verfügt der Kanton St.Gallen über eine Rechtsgrundlage, welche die Stellung der Gewaltopfer im sozialen Nahbereich verbessert und der Polizei erlaubt, in Fällen häuslicher Gewalt wirkungsvoll einzuschreiten.

Der Stadtrat beantragt, in Kenntnis dieses Berichtes das Postulat abzuschreiben.

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat „Gewalt ist nicht Privatsache“ wird als erledigt am Protokoll abgeschrieben.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

